

Grottkauer Zeitung.

Nr. 49.

Fernsprecher 84.

42. Jahrgang.

Fernsprecher 84.

1922

Die „Grottkauer Zeitung“ erscheint wöchentlich dreimal.
Dienstag und Freitag
Bezugspreis vierteljährlich in der Geschäftsstelle 12,— Mark,
wobei die Post bezogen 13,00 Mark für einen Monat 4,40 Mark,
Einzelnummern kosten 50 Pfennig.

Dienstag, den 20. Juni

Anzeigen-Gebühren für die sechsmal gespaltene Zeitspalte
ober dem Baum 1.— M., Zeilame 2.— M. Anzeigen
nimmt die Geschäftsstelle Ring Nr. 1, Dienstag und Freitag
bis spätestens 10 Uhr vormittags entgegen.
Postfachkonto Breslau 20 416.

Bei Ausbruch von Konturven, bei gerichtlicher Einforderung der Beiträge oder verspäteter Zahlung wird der gewählte Rabatt zurückgezogen. Erfüllungsort für Zahlung ist Grottkau.

Die Räumung Oberschlesiens unterzeichnet

Kattowitz, 20. Juni. Präsident Calonder traf in Oberschlesien ein. Er wurde von dem deutschen Gesandten Dr. von Eckars an der Grenze des Abstimmungsgebietes im Namen der deutschen Regierung begrüßt. Auch der polnische Minister hatte sich mit einigen Herren auf dem Bahnhof zur Begrüßung Calonders eingefunden. Nach kurzem Aufenthalt wurde die Fahrt am Abend noch nach Kattowitz angetreten, wo bereits Mitsprachen für das zukünftige Programm erfolgen werden.

In der 11. Abendstunde sind die Bestimmungen betr. die Uebergabe der Deutschland und Polen zuerkannten Gebietsteile durch die Interalliierte Regierungskommission und Vertreter Deutschlands und Polens unterzeichnet worden. Anschließend an diese Unterzeichnung wurde die Grenze notifiziert.

Die Bestimmungen, die die Bedingungen für die Uebergabe der Deutschland und Polen zuerkannten Gebietsteile durch die Interalliierte Kommission betreffen, werden veröffentlicht.

In Kapitel 1 werden die allgemeinen Grundsätze und Maßnahmen zur Durchführung besprochen. Es handelt sich um 1. Vorbereitende Maßnahmen, 2. Uebergabe der Bau- sachen und des Materials, 3. Uebergabe der Akten und Archive, 4. Ersatz des Verwaltungs- und technischen Personals.

In Kapitel 2 ist die Rede von der Uebergabe der öffentlichen Dienstzweige und der allgemeinen Verwaltung der Kreise. Die einzelnen Punkte betreffen: 1. Uebergabe der öffentlichen Dienstzweige in den an Polen fallenden Kreisen oder Kreisteilen, 2. Räumung der Kreisgebiete durch die alliierten Truppen, 3. Polizei, 4. Uebergabe der allgemeinen Verwaltung des Kreises an die deutschen oder polnischen Behörden.

Auflösung der Kattowitzer Polizei

Kattowitz. Wie die „Ostdeutsche Morgenpost“ meldet, traf vom Regierungspräsidenten in Oppeln ein Telegramm ein, nach dem die hiesige Polizei sofort aufzulösen sei. Daraufhin wurde die blaue Polizei nach und nach von den Straßen zurückgezogen und ebenso wie die Kriminalpolizei entwaffnet. Die amtlichen Ausweise wurden ihnen abgenommen. Die nicht in polnische Dienste übertretenden Beamten werden abgelohnt und haben das Abstimmungsgebiet zu verlassen und sich dem Breslauer Polizeipräsidium zur Verfügung zu stellen, von wo aus ein Teil nach Abzug der interalliierten Truppen nach Deutsch-Oberschlesien zurückkehren wird. Voraussichtlicher Polizeipräsident für Kattowitz ist Dr. Gildner. Polnische Polizeibeamte sind zum größten Teil bereits eingetroffen, so daß von Sonnabend früh die Stadt Kattowitz der polnischen Polizei untersteht.

Die Uebergabe der in den an Polen abzutretenden Gebietsteilen liegenden Eisenbahnen ist am Sonntag nachmittag 6 Uhr in Gegenwart der J. R. zwischen der deutschen Eisenbahndirektion Kattowitz und der polnischen Staatsbahnverwaltung vollzogen worden. Zu gleicher Zeit sind im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet für den deutschen Teil die deutsche Eisenbahndirektion Oppeln und für den polnischen Teil die polnische Staatsbahndirektion Kattowitz eingerichtet worden. Auch das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen des ganzen ober-schlesischen Abtretungsgebietes ist am 18. Juni um sechs Uhr nachmittags der polnischen Postverwaltung übergeben worden. Von diesem Zeitpunkt ab wird der gesamte Betrieb von der polnischen Verwaltung fortgeführt. Zweihundert Mann polnischer Polizei haben am Sonnabend nach einer kurzen Instruktion im Polizeipräsidium den Dienst in der Stadt übernommen. Weitere Polizeimannschaften sind für die Nacht in Kattowitz eingetroffen. Der Belagerungszustand wird weiter aufrechterhalten.

Beuthen, 19. Juni. Die Abtretung eines Teiles Oberschlesiens an Polen hat eine völlige Umgestaltung des Eisenbahnwesens in Oberschlesien nötig gemacht. Am 18. Juni, 6 Uhr abends, ist die Verwaltung der Bezirke des Westteils Oberschlesiens an die deutsche Eisenbahndirektion in Oppeln und die des Ostteils Oberschlesiens an die polnische Staatsbahndirektion in Kattowitz übergegangen. Betriebsämter bleiben in Beuthen (Beuthen eins, Beuthen drei), Kreuzburg, Oppeln und Ratibor, Maschinenämter in Gleiwitz, Kreuzburg und Ratibor, Verkehrsämter in Gleiwitz, Kreuzburg und Ratibor, Werkstätten in Gleiwitz (Gleiwitz eins, Gleiwitz zwei), Oppeln und Ratibor. Für die polnischen Teile werden eingerichtet Betriebsämter in Kattowitz, Tarnowitz und Rybnitz, Maschinenämter in Kattowitz (Kattowitz eins, Kattowitz zwei) und Tarnowitz, Verkehrsämter in Kattowitz, Tarnowitz und Rybnitz. Von besonderer Bedeutung ist, daß sich die Staatsbahnabteilung für Gleiwitz von Laband einschließlich bis zur Grenze erstreckt. Die Bahnhöfe in Gleiwitz, Laband, Ludwigsglück, Hindenburg, Jaborze, Poremba und Sosniza fallen ebenfalls in diesen Bezirk.

Kattowitz, 19. Juni. Heute wird der Dienst durch die polnischen Post- und Telegraphenämter in allen Abteilungen aufgenommen. Der Paketverkehr ist augenblicklich eingestellt. Polnische Briefmarken sollen zur Frankierung von Briefen erst mit dem Tage des Einmarsches der polnischen Truppen verwendet werden. Im Verkehr mit Polen sind nur Briefsendungen und Geldbriefe zugelassen.

Deutsch-polnische Annahmeverhandlungen

Berlin. Wie das „B. Z.“ hört, finden zur Zeit zwischen dem deutschen Bevollmächtigten Eckardt und dem polnischen Bevollmächtigten Seyda Verhandlungen statt über eine gleichlautende deutsch-polnische Annahmestelle für diejenigen Oberschlesier, die in der Zeit der Abstimmung von den örtlichen Gerichten abgeurteilt wurden in Fällen, die mit der durch die Abstimmung geschaffenen politischen Lage zusammenhängen.

Die Anerkennung der alliierten Urteile

Berlin, 19. Juni. In dem deutsch-polnischen Vertrag über die Uebergabebestimmungen für beide Teile Oberschlesiens wird u. a. festgesetzt, daß sich beide Parteien verpflichten, alle Entscheidungen und Urteile, die von dem durch die Interalliierte Kommission eingesetzten Gerichte ergangen sind, wie die von einer deutschen oder polnischen Strafammer ergangenen Entscheidungen und Urteile zu befolgen. Die Wiederaufnahme eines Verfahrens kann nur mit Zustimmung der drei alliierten in der Interalliierten Regierungskommission für Oberschlesien vertretenen Mächte eingeleitet werden. Keine Gnabenmaßnahme, keine Verminderung, Aufhebung oder Räumung der Strafen darf zugunsten von Personen, die wegen Straftaten gegen die Alliierten verurteilt worden sind, ohne Einverständnis der drei alliierten Mächte erfolgen. Wenn der Befangene seine Strafe in einem alliierten Militärgefängnis des Rheinlandes verbüßt, hat der Ausschuss für das Rheinland das auf denjenigen bezügliche Verfahren einzuleiten.

kommission für Oberschlesien vertretenen Mächte eingeleitet werden. Keine Gnabenmaßnahme, keine Verminderung, Aufhebung oder Räumung der Strafen darf zugunsten von Personen, die wegen Straftaten gegen die Alliierten verurteilt worden sind, ohne Einverständnis der drei alliierten Mächte erfolgen. Wenn der Befangene seine Strafe in einem alliierten Militärgefängnis des Rheinlandes verbüßt, hat der Ausschuss für das Rheinland das auf denjenigen bezügliche Verfahren einzuleiten.

Gesetz zwischen Apo und französischem Militär

Hindenburg. In Bielefeld kam es zwischen einem Apokommando, das die Gemeindevache abgelöst hatte und einer kleineren französischen Abteilung zu einem blutigen Zwischenfall. Eine größere Anzahl Zivilisten ergriff die Partei der Apo-Beamten, wobei es zu einem heftigen Feuertreffen kam, in dessen Verlauf drei Zivilisten getötet und einer so schwer verletzt wurde, daß er kurze Zeit nach der Verwundung starb.

Vorläufig keine Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland

London, 19. Juni. Nach der Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré wurde amtlich bekanntgegeben, daß die Reparationskommission eine Untersuchung über die Mittel veranlassen werde, um die deutschen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Poincaré wird wahrscheinlich Ende Juli nach England zurückkehren, um den Kommissionsbericht zu erörtern. In der Zwischenzeit sind Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland nicht in Aussicht genommen.

Die Garantiekommission in Berlin

Berlin, 19. Juni. Wie die Blätter melden, ist der Garantenausschuss gestern abend aus Paris in Berlin eingetroffen. Die Vorbesprechungen mit den Berliner Vertretern dürften schon heute beginnen.

Um die Reichspräsidentenwahl

Wie die Parlamentskorrespondenz wissen will, sei nach den bisherigen Besprechungen zwischen den Reichstagsparteien und der Reichsregierung anzunehmen, daß Anfang Oktober die Neuwahl des Reichspräsidenten erfolgen werde. Vorher werden dem Reichstage noch zwei mit der Wahl zusammenhängende Entwürfe zugehen, von denen der eine die Pensionsverhältnisse des Reichspräsidenten regelt. Ueber die Aufstellung von Kandidaten haben Besprechungen noch nicht stattgefunden.

Oesterreichs Sanierung

Wien. Der Finanzplan und das Sanierungsprogramm der Regierung, sowie die Vorarbeiten für die Errichtung einer eigenen Notenbank sind beendet. Die Regierung wird die entsprechende Vorlage bereits am kommenden Mittwoch im Nationalrat einbringen.

Die Verfügung über das deutsche Eigentum in Amerika

Paris, 19. Juni. „New York Herald“ meldet aus Washington: Zum Weissen Hause wurde zwischen dem Präsidenten Harding, Staatssekretär Hughes, Generalstaatsanwalt Daugherty und dem Drehhändler für das fremde Eigentum, Miller, eine Konferenz abgehalten, auf der die Verfügung über das in Amerika beschlagnahmte deutsche Eigentum und die Regelung amerikanischer Ansprüche gegenüber Deutschland verhandelt wurden. Es wurde beschlossen, die Befreiung betreffend die Verfügung über das deutsche Eigentum im Werte von 357 Millionen Dollar, das noch von der amerikanischen Regierung verwahrt wird, zu beschleunigen. Das

Blatt fügt hinzu, es heiße, man sei dafür gewesen, daß das Geld von Personen mit bescheidenen Mitteln, das in Amerika angelegt worden ist, von der Regierung freigegeben werden sollte.

Verdoppelung des Brotpreises

Berlin, 19. Juni. Das Reichsernährungsministerium hat an die Pressevertreter Mitteilungen herausgegeben, aus denen für die Kreise der Konsumenten zunächst einmal hervorgeht, daß mit einer Verdoppelung des Brotpreises im neuen Wirtschaftsjahr zu rechnen sein wird. Der Kreis der Brotmarkeninhaber soll auf die wirklich Bedürftigen beschränkt werden. Im allgemeinen glaubt man, daß die heutige Ernte zur Deckung des deutschen Brotbedarfs nicht ausreichen würde, was die Regierung zur Verbeibehaltung der Getreideumlage bewogen habe. Da der Getreideexport über die Getreideumlage am Sonnabend dem Reichstag zugegangen ist, so wird über diese Frage von allen Parteien eingehend das nötige vorgebracht werden. Bekanntlich verlangen die landwirtschaftlichen Organisationen nicht so sehr eine Aufhebung der Pflicht, zwei Millionen Tonnen Getreide der Regierung zur Verfügung zu stellen, sondern nur die Bezahlung dieser Getreidemenge nach den Marktpreisen jener Termine, zu denen die einzelnen Mälen der Umlage festlich gemacht werden sollen. Die Regierung glaubt vorläufig, bei den schwankenden Preisen auf diesen Vorschlag nicht eingehen zu können.

Vor einer Kohlenpreiserhöhung

Essen. Der Schiedspruch des vom Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten eingesetzten Ausschusses sieht eine Erhöhung der Tariflöhne im Ruhrkohlenbergbau um durchschnittlich 85 Mk. die Schicht vor. Das von den Bergarbeitern abgelehnte Lohnabkommen sah nur eine solche von 25 Mk. vor. Der Gesamtbetrag der Lohnerhöhung soll diesmal nur auf die Leistungslöhne, nicht aber auf den Soziallohn gewährt werden. Als Ausgleich der Lohnerhöhung nach dem Schiedspruch kommt eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise in Frage.

Soziales und Provinzielles.

Grottkau den 20. Juni 1922.

— Gedächtnisfeier für die Gefallenen. Die deutsche Regierung hat es bis jetzt nicht für nötig befunden, irgend etwas zum Gedächtnis für die im Weltkrieg gefallenen Helben zu veranlassen. Ueber zwei Millionen deutsche Krieger haben das beste, was ein Mensch besitzt, ihr Leben für uns alle dahin gegeben. Es dürften nur wenig Familien in unserem Vaterlande zu finden sein, die nicht Opfer an Söhnen und Männern bringen mußten, sei es in der engeren oder weiteren Verwandtschaft. Und gerade deshalb, weil das ganze deutsche Volk Helben zu beklagen hat, sollen im ganzen Reiche am kommenden Freitag, den 23. d. Mts., schlichte Gedenkfeiern veranstaltet werden. Auch Grottkau wird hierin nicht zurückbleiben. Wie an Marseilen auf den Gräbern unserer teuren Entschlafenen Lichter brennen, so wird auf der Viehwiese bei eintretender Dunkelheit (etwa gegen 8 $\frac{1}{2}$ Uhr) für unsere gefallenen Helben, deren letzte Ruhestätte weit draußen in Feindesland keine liebende Hand schmücken kann, nächsten Freitag ein Feuer aufblitzen, in dessen Schein eine kurze Ansprache gehalten werden soll. Frauen und Männer von Grottkau, ehrt das Gedächtnis der Gefallenen dadurch, daß ihr recht zahlreich erscheint.

— Protest gegen die Schuldlüge! Kein deutscher Mann, keine deutsche Frau kann sich hiervon ausschließen! Will auch nur ein Bewohner des Kreises Grottkau die wahrhaft vaterländische Pflicht verkümmern, mit aller Kraft an den Grundpfeilern der Schmach von Versailles zu rütteln? Kein wahrhaft deutsch Empfindender darf sich dieser vaterländischen Forderung entziehen! Bedenkt, ihr Frauen und Männer Grottkaus, der Worte, die Lloyd George am 3. März 1921 gesprochen: „Für die Allierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist, und wenn diese Anerkennung verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig!“ Wir wollen uns nicht die Schlinge, die uns mit der Schuldlüge um den Hals gelegt worden, noch enger zuziehen lassen. Es ist unser aller sittliche Pflicht, unser Volk von dem Vorwurf zu befreien, aus Eigenmut den Kriegsbrand heraufbeschworen, die ganze Welt in ein Meer von Tränen gestürzt zu haben. Es ist unser heiligste Pflicht, für uns und unsere Kinder wieder erträgliche Lebensbedingungen zu erkämpfen, indem wir die ganze Menschheit immer wieder auf das furchtbare Unrecht hinweisen, das uns mit dem er-

prehten Schuldbekenntnis zugefügt worden ist. Es geht alle an! Drum schließe sich keiner von dem Proteste aus! Mütter, deutsche Brüder und Schwestern, laßt allen Parteihader und findet Euch alle am Sonntag, den 25. Juni, auf dem Artillerie-Stallplatz ein zum Kampfe gegen die Schuldlüge, daß sich nicht die Worte Hebbels bewahrheiten:

„Gins, Hoff! Ich, sollt Euch einig machen:
Der offen aufgesperrte Rachen
Des Ungeheuers, das Euch droht.
Doch nein, Ihr wollt Euch erst vertragen,
Wenn Ihr schon steckt in seinem Wagen,
Doch seid Ihr dann erqu coast und tot!“

— Viehmarkt. Der heutige Viehmarkt war recht gut besucht und zwar mit 679 Ferkeln und Käuferschweinen und 74 Pferden. Bei mittel-mäßigem Umsatz wurden für Ferkel 900—1200 Mk. und für Käufer 1300—1900 Mk. pro Stück gezahlt. Die hohen Preise verhinderten ein flottes Geschäft. Pferde wurden sehr wenig gehandelt.

— Turnverein. Sonntag, den 18. Juni fand in Briesg das Probewettturnen des Schleifischen Obergauers für Hirschberg statt, an welchem sich auch Grottkau mit 3 Turnern und 1 Turnerin beteiligten. Es wurde Hans Speckan 2. Sieger, Georg Speckan 5. Sieger trotz scharfer Konkurrenz. Hoffen wir, daß die beiden Turner auch in Hirschberg den Ehrenkranz erhalten. Gut Heil!

— Lastautoverkehr. Mit Beginn dieser Woche ist am hiesigen Orte ein Lastautoverkehr mit den nächst gelegenen Städten eröffnet worden. Es wäre zu wünschen, daß von dieser schätzenswerten Neu-einrichtung recht viel Gebrauch gemacht würde. Alles nähere im Anzeigenteil dieser Zeitung.

— Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 19. bis 25. d. Mts. zum Preise von 1250 Mk. für ein Zwanzigmarkstück, 625 Mk. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichs-silbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 19. d. Mts. bis auf weiteres zum 25fachen Betrage des Nennwertes.

— Nationale Politik und Autonomie betritt sich das der heutigen Nr. d. Bg. belliegende Flugblatt, auf dessen Inhalt wir besonders aufmerksam machen.

Wischle, 13. Juni. Heute nachm. 4 Uhr fand hier eine gutbesuchte, öffentliche Versammlung, die von der Aufklärungsvereinigung zur Autonomiefrage einberufen war, statt. Nach Eröffnung durch unsern Gemeindevorsteher, ergriff das Wort Rektor Fleischer, der über den augenblicklichen Stand der Autonomiefrage berichtete und vor allem die nationalen Gefahren, die einem Bundesstaate Oberschlesien bevorstehen, überzeugend beleuchtete. Nach ihm wies Förster an Hand von Zahlenmaterial nach, daß ein Bundesstaat Oberschlesien finanziell und wirtschaftlich unmöglich sei. Beiden Rednern wurde reichlich Beifall zuteil. Großen Eindruck machten dann die volkstümlichen und lebhaften Ausführungen des Hauptlehrers unseres Nachbarortes Neum, der ebenfalls allen dringend ans Herz legte, gegen den Bundesstaat ihre Stimmen abzugeben. Zum Schluß nahm noch Dr. Kreisler Gelegenheit, den Kernpunkt der Frage hervorzuheben und die Annahme einer Resolution zu empfehlen, die die Bitte ans Reichstags- und Landtagszentrum enthält die Abänderung der Neufährter Beschlüsse zu veranlassen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Petersersheide, Kreis Grottkau, 16. Juni. Einen glänzenden Verlauf nahm die gestern nachm. 5 Uhr hier von der Aufklärungsvereinigung einberufene Versammlung. Nachdem der Versammlungsleiter dieselbe eröffnet und Zweck und Ziele der Aufklärungsvereinigung bekannt gegeben, lauschten die sehr zahlreich Erschienenen gespannt den belehrenden und zum Schluß ergreifenden Worten des Studienleiters Karst aus Neisse. Der Redner ging zuerst auf die bekannten Gründe für Errichtung eines D.-S.-Bundesstaates ein, die er schließliche leicht aber überzeugend widerlegte. Als der begeisterte Redner dann die außen- und innenpolitischen Folgen einer D.-S.-Autonomie für unser deutsches Vaterland darlegte, konnte man deutlich aus den vaterlandsabgänger, trotzigen Gesichtern ein festes „Nein“ lesen, das noch bestärkt wurde, als die Versammelten aus Beispielen des Haushaltsplanes der D.-S.-Autonomie die erdrückenden Steuerlasten ahnten. Einen womöglich noch größeren Erfolg für die Aufklärungsvereinigung bedeutet die anschließende abgehaltene Versammlung in Seiffersdorf bei Dittmachau. Einstimmig und begeistert erfolgte die Ablehnung einer Kostrennung von Preußen.

Brieg. Raubüberfall. Ein Dominal-arbeiter aus Groß-Saarna, Kreis Falkenberg, ging von Briesg aus zu Fuß nach Hause und kehrte auf dem Wege in ein Gasthaus in Michelau ein. Dort traf er den auf Urlaub weilenden Soldaten Horn aus Michelau, den er jedoch nicht kannte. Er ließ sich mit ihm in ein Gespräch ein und sie tranken auch zusammen. Der Arbeiter begabte und wollte gehen. Horn bot ihm seine Begleitung an, da er gesehen hatte, daß der Arbeiter eine größere Summe Geldes bei sich hatte. Am anderen Ende der Weissebrücke erhielt der Arbeiter von seinem Begleiter einen heftigen Schlag auf den Kopf, so daß er zusammenbrach, sich jedoch noch zu wehren vermochte. Hierauf stach der Soldat mit einem Messer unbarmherzig auf sein Opfer ein, nahm ihm die Uhr und die Summe von 300 Mark ab und versuchte, den Ueberfallenen in die Reisse zu werfen. Er wurde aber durch ein schnell herauf-fahrendes Fuhrwerk gestört und ergriff die Flucht. Man fand ihn abends in der Wohnung seiner Pflege-eltern in Michelau, wo seine mit Blut besphtigten Kleider die Tat bezeugten.

Breslau. Auf was der Steuerfiskus nach die Hand legt. In Breslau sollen die Gebühren der Bedürfnisanstalten vom 1. Juli ab für Frauen von 20 Bfg. auf 50 Bfg., sonst von 50 Bfg. auf 1 Mk. erhöht werden. — Man überlege: für eine der notwendigsten Einrichtungen zur Befriedigung der jeden Menschen — mit oder ohne Geld — an-kommenden Bedürfnisse wird eine Steuer gelegt. Wer in solchen Augenblicken nicht zahlen kann, dem mag ge-schehen, was da will, oder der mag tun, was er will. Ist das Kulturgemeinschaft?

Münsterberg. Diebstahl. In der Nacht wurde in dem Fabrikgrundstück in Schützenhof ein schwerer Einbruch verübt. Die Diebe schafften etwa 10 bis 20 Zentner Weizen, den sie in Säcke, die Luise Ritter, Breslau gezeichnet waren, fort. Erst am anderen Morgen wurde der Diebstahl entdeckt und so-fort Ermittlungen angestellt, die aber bisher ergebnis-los verließen.

Blag. Jugendlicher Ausreißer. Der erst 14 Jahre alte Zwangsjüngling Saundfeld war aus der Erziehungsanstalt in Groß-Mosen ausgerissen, hatte sich hier umhergetrieben und betrog einen Kaufmann um hundert Mark. Als der Bursche in das Polizeigefängnis eingeliefert war, verübte er in diesem Brand-stätte. Beamte bemerkten, daß starker Qualm aus seiner Zelle drang. Als sie eintreten und infolge des Rauches nichts zu sehen vermochten, sprang der Junge an ihnen vorüber und entfloh. Er wurde aber ver-folgt und bald wieder eingeholt. In der Zelle hatte er den Strohsack seiner Pritsche angezündet.

Görlitz. Fahrradmarder. Der bereits mehrfach vorbestrafte, aus Breslau gebürtige Arbeiter Wilhelm Roder, der zuletzt auf dem Lautwerk bei Hopperswerda beschäftigt war, hatte in Laubusch einem Landwirt sein Fahrrad gestohlen. Der Dieb konnte mit einem anderen Fahrrad eingeholt werden. R. erklärte bei der Festnahme, das fragliche Rad in den paar Minuten „von einem Unbekannten gekauft“ zu haben. Bei den schweren Vorstrafen und dem dreifachen Zeugnis des Angeklagten erkannte die Görlitzer Straf-kammer unter Verjagung mildernder Umstände auf zwei Jahre Zuchthaus.

Reichenbach. Ungetreuer Beamter. Ein Postkutscher aus Habendorf veruntreute 4000 Mark postalische Gelder, welche er an Adressaten ausshändigen sollte. Der Deskraubant war flüchtig geworden, konnte aber in Breslau verhaftet werden, nachdem er sich von den unterschlagenen Geldern vollständig neu ein-gekleidet hatte.

Dolanda und Salomea

Roman von Erich Friesen.

24. Fortsetzung. (Schlußteil verlesen)

Ein Beamter geht ab und zu, sucht hier ein Dokument heraus und überreicht es einem Wartenden, nimmt dort ein solches wieder in Empfang und ver-letzt es auf neue den Negalen ein.

Zolanda zieht den blauen Gagesfleier fester über das Gesicht und setzt sich in eine Ecke, wartend, bis die Heiße an sie kommt . . .

Ein plötzliches Gefühl der Scham überfällt sie, als sie ihre Situation überdenkt.

Was tut sie hier hinter dem Rücken ihres Vaters? Wäre es nicht richtiger, vor allem ihrer würdiger, wenn sie sich die Antwort auf die in ihrem Herzen brennende Frage von seinen eigenen Lippen holte.

Nationale Politik und Autonomie

Politische Übereinkommen werden selten aus ethischen Beweggründen heraus geschlossen. Eine ethische oder sittliche Pflicht, dem oberöhl. Volke die Möglichkeit zu geben, sich für oder gegen sein Verbleiben im preussischen Staatsverbande auszusprechen und diese in einer Zeit härtester nationaler Bedrängnis aufgeworfene Frage durch Abstimmung zu entscheiden, ist niemals und von keiner Seite behauptet worden. Das Recht der Abstimmung ist vielmehr durch ein aus staatspolitischen Erwägungen heraus beschlossenes Gesetz geschaffen worden. Der Führer der oberöschlesischen katholischen Volkspartei, Herr Pfarrer **Ulika**, fasste diese staatspolitischen Erwägungen in der 71. Sitzung der Nationalversammlung am 31. Juli 1919 in den folgenden Sätzen zusammen:

Wenn Sie dem unläugbaren Streben der Bevölkerung nach Gebietsänderung nicht stattgeben und ihm nicht legale Wege bieten, dann wählt sich diese Bewegung illegale Wege, wie es in der Tat schon zu entstehen droht: In Oberschlesien, im Rheinland und auch in der Pfalz. Wenn wir diese Bewegung nicht fördern mit Deutschland so wird sie ihren Weg gehen ohne Deutschland. Ich möchte vor allem betonen, daß Oberschlesien jetzt garnicht einen illegalen Weg zu gehen braucht. Durch den Frieden, den wir angenommen haben, ist Oberschlesien die Selbstbestimmung zugesprochen und Oberschlesien kann sich danach, ohne des Hochverrats sich schuldig zu machen, einfach durch seinen Willen, durch die Volksabstimmung von Deutschland losrennen.

Von einem heiligen Kampfe derer, die Oberschlesien von Preußen losreißen wollen, ist hier also keinesfalls die Rede, sondern lediglich von dem Offenhalten eines legalen Weges zu dieser Möglichkeit, um ein größeres Uebel: die Losrennung vom Reiche womöglich sogar auf illegalem Wege, zu vermeiden. Es kann flüchtig nicht bestritten werden, daß das Offenhalten dieses legalen Weges der Losrennung von Preußen das Beschreiten des illegalen Weges zur Abtrennung Oberschlesiens vom Reiche keinesfalls verhindert hat. Drei blutige Aufstände sind des Beuge. Es kann aber sehr wohl bestritten werden, daß das Offenhalten des insonderheit durch die oben wiedergegebenen Darlegungen des Herrn Pfarrers **Ulika** eröffneten legalen Weges zu einer „Gebietsänderung“ auch nur eine Stimme für Deutschland gewonnen hat.

Es ist von den polnischen Politikern immer nur mit offenbarem Hohn aufgenommen worden. Auf der deutschen Seite aber hat es, gleichgültig innerhalb welcher Partei, die katholische Volkspartei selbstverständlich nicht ausgenommen, niemals eine bedingte Vaterlandsliebe und bedingte Vaterlandstreue gegeben.

Die „Öffnung eines legalen Weges zur Losrennung Oberschlesiens von Preußen“ ist also auf nationalpolitische Erwägungen zurückzuführen, nicht auf ein sittliches Recht gegründet und also auch nicht als ein sittliches Recht gegeben. Der wird zu der Frage der Autonomie die richtige Stellung — auch im Sinne des Herrn Pfarrers **Ulika** — gewinnen, der, wie er in der Sitzung der Nationalversammlung vom 31. Juli 1919, von nationalpolitischen Erwägungen ausgeht und (was zwar erst jetzt möglich ist) die Frage einer Lösung näher zu bringen bestrebt ist: Welche nationalpolitischen Erwägungen sprechen für und welche sprechen gegen die bundesstaatliche Autonomie Oberschlesiens, das heißt gegen die Erhaltung eines besonderen „Landes“ Oberschlesien. Die Rettung ganz Oberschlesiens durch das Baubermittel der „Öffnung eines legalen Weges zur Losrennung Oberschlesiens von Preußen“ ist mißglückt. Diese „Öffnung“ hat vielmehr keinerlei erkennbaren oder gar nachweisbaren Einfluß auf das Ergebnis der Abstimmung gehabt. Sehen wir zu, daß wir durch das Beschreiten des „offenen“ Weges nicht einen nie wieder gutzumachenden nationalpolitischen Fehler, ein Verbrechen an der Nation, an der Volksgemeinschaft, für die wir uns am 20. März 1921 entschieden haben, begehen!

Unser aller heimatpolitisches Ziel, das des Herrn Pfarrers **Ulika** wie das unsere, ist die Befriedigung unseres oberöschlesischen Landes. Nun sagt ein gutes Wort unseres nationalen Dichters

Es kann der Frömmste nicht im Frieden leben,
Wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.

Das oberöschlesische Volk hat immer als ein frommes, d. h. friedliebendes Volk gegolten. Aber weil es „dem bösen Nachbarn nicht gefiel“, daß wir in Frieden lebten, überzog er uns mit drei „Aufständen“, und wir haben nicht die geringste Bürgschaft dafür, daß der Frieden, den wir wollen, auch von dem „Nachbarn“ gewollt werden wird. Es ist ferner die von der Genfer Entscheidung der Befreiung Oberschlesiens unberührte Überzeugung aller Oberschlesier, daß Oberschlesien ein seiner Natur nach unteilbares

Was ist und daß seine beiden Hälften oder Seiten wieder zusammenstehen werden, eben weil sie zusammen gehören. Mit unsere Hoffnung darauf, daß dieser Wieder-Zusammenschluß, diese

Letzte Entscheidung über Oberschlesien,

für uns anfallen wird, ist auf die Ueberlegenheit unserer kulturellen, sozialen u. wirtschaftlichen Fähigkeiten gegründet. Sie allein haben wir der staatspolitischen Macht und dem Machtgeizismus des in militärischen und politischem Bündnis mit Frankreich stehenden Polens gegenüber zu stellen. Wer immer die Einheit unserer kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Stärke, sei es aus welcher Beweggründen, untergräbt, ist, wenn nicht dem Willen, so doch der Tat nach ein Verräter an der deutschen Zukunft Oberschlesiens.

Die nationale Politik des deutschen Volkes ist keine Politik der Unterdrückung die Sprache einer fremden Nation sprechender oder selbst fremdnational empfindender und fremdnationaler kultureller Entwicklung aufstrebender Volksteile. In Preußen und Deutschland ist die Entwicklung fremdnationaler Kulturen ebenso frei, wie die Entwicklung der deutschen Kultur. So schreibt Artikel 113 der Verfassung des deutschen Reiches vom 11. August 1919 vor:

Die fremdsprachigen Volksteile des Reichs dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien volkstümlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterrichte, sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege beeinträchtigt werden.

Herner besagt Artikel 73 der Preussischen Verfassung vom 30. November 1920:

Die Provinziallandtage können durch Provinzialgesetz neben der deutschen Sprache zulassen:

- a) eine andere Unterrichtssprache für fremdsprachige Volksteile, wobei für den Schutz deutscher Minderheiten zu sorgen ist;
- b) eine andere Amtssprache in gemischtsprachigen Landesteilen.

Für die Wahlen zu den Provinziallandtagen gelten gemäß Artikel 74 der Preussischen Verfassung die Grundsätze für die Wahlen zur Volksvertretung. Diese Grundsätze legt Artikel 17 der Verfassung des Deutschen Reiches wie folgt dar:

Die Volksvertretung muß in allgemeiner, gleicher unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.

Dieselben Grundsätze gelten übrigens auch für die Wahlen zu den Kreis- und Gemeindevertretungen.

Der Provinziallandtag der Preussischen Provinz Oberschlesien wird also nach dem freiesten Wahlrecht der Welt gewählt werden und die politischen Verhältnisse der Provinz getreu widerspiegeln. Dasselbe gilt von den Kreistagen, den Gemeindevertretungen und den Stadtverordnetenversammlungen, die, jede auf ihrem Gebiete, eine weitgehende Autonomie besitzen.

Die Provinziallandtage haben gemäß Artikel 83 der Preussischen Verfassung das wichtige Recht der Wahl der Mitglieder des Staatsrates und ihrer Stellvertreter.

Die Verwaltungsaufgaben der Provinzen (Administrative Provinzial-Autonomie) sind durch Artikel 72 der Preussischen Verfassung festgelegt:

1. Die Provinzen verwalten nach Maßgabe des Gesetzes durch ihre eigenen Organe:
 - a) selbstständig die ihnen gesetzlich obliegenden oder freiwillig von ihnen übernommenen eigenen Angelegenheiten (Selbstverwaltungsangelegenheiten);
 - b) als ausführende Organe des Staates die ihnen übertragenen staatlichen Angelegenheiten (Auftragsangelegenheiten).
2. Das Gesetz wird den Kreisen, der den Provinzen überwiesenen Selbstverwaltungsangelegenheiten erweitert und ihnen Auftragsangelegenheiten übertragen.

Als nach Durchführung dieser Gesetzgebung sind gemäß Artikel 86 der Preussischen Verfassung (Vorläufige Provinzial-Autonomie)

die Oberpräsidenten, die Regierungspräsidenten und die Vorsitzenden des Provinzialschulkollegiums und des Landeskulturamts im Einvernehmen mit dem Provinzial-Ausschusse zu ernennen.

Die Ernennung dieser hohen Beamten erfolgt, wie die aller unmittelbaren Staatsbeamten, gemäß Artikel 52 der Preussischen Verfassung, durch das Staatsministerium, aber das Staatsministerium ist hierbei nicht frei, sondern es hat vor der Ernennung ein Einvernehmen mit dem Provinzial-Ausschusse herzustellen. — Die Provinzialausschüsse bestehen aus je einem Landesdirektor mit sieben bis dreizehn Mitgliedern. Sie werden von den Provinziallandtagen nach dem Verhältniswahlsystem gewählt und spiegeln also, wie diese, die politischen Verhältnisse der betr. Provinz getreu wieder. Die Ernennung der höchsten staatlichen Beamten der Provinz kann also tatsächlich nur „im Einverständnis“ mit den politischen Parteien der Provinz erfolgen, nach deren tatsächlichen Stärkeverhältnissen Provinziallandtage und Provinzialausschüsse zusammengefaßt sind. Es muß demgemäß als außergewöhnlich stark irreführend bezeichnet werden, wenn Herr Harrer Niska in vollkommener Nichtachtung dieser Vorschriften der Preussischen Verfassung (vom 30. Nov. 1920) am 16. Mai 1922 zu sagen unternimmt:

Nun fragen wir: „Bietet Preußen in seiner a. St. geltenden Verfassung und Gesetzgebung ausreichende Gewähr für die Erfüllung unserer berechtigten Forderungen?“

Nein! Das haben selbst unsere Gegner zugegeben. Man bekämpft unsere Bestrebungen, indem man uns auf die Provinzial-Autonomie bezw. die Erweiterung derselben vertritt. Wo bleibt diese Provinzial-Autonomie? Wann kommt sie und was wird sie uns bringen?

Und es ist ein Unterfangen, das die allerschärfste Zurückweisung erfordert, wenn Herr Harrer Niska in demselben Zusammenhang zu sagen unternimmt:

Ein Verräter an unserem Volke ist daher der, welcher unsere Front durchbricht oder uns in unserem heiligen Kampfe in den Rücken fällt.

Und weiter:

Partei Freunde, seht Euch die an, die gegen uns stehen!

Es muß schon ein außergewöhnlich starkes Agitationsbedürfnis sein, das so zu sprechen veranlaßt! Es muß doch ein außergewöhnlich großer Mangel an durchschlagenden Beweisen für die Notwendigkeit der Abspaltung West-Oberschlesiens von Preußen vorliegen, wenn zu solchen Mitteln der Aufpeitschung von Leidenschaft und dunklen Instinkten gegriffen werden muß, die wahrlich dem Frieden nicht dienen können! Sind die Autonomiefreunde nun endlich so weit, zu bekennen: Stat pro ratione voluntas!?

Die, Herr Harrer Niska, die jetzt gegen die Autonomiefreunde aus Ihrem Kreise stehen, sind dieselben, die an Ihrer Seite den schweren Abstimmungskampf gekämpft haben. Aber, Ihnen selbst sicherlich unerwünscht, stehen außerhalb dieses Kreises jetzt an Ihrer Seite die, die in dem schweren Abstimmungskampf gegen uns gekämpft haben. Sie sind

Sicherlich nicht Ihre Freunde,

Herr Harrer Niska, wohl aber die Freunde des hemmungslosen Gewaltpolitikers Korfanty, der (laut „Kurjer Poznański“ vom 25. Oktober 1921) nach Bekanntwerden des Genfer Diktats in einer Posener Versammlung gesagt hat:

„Die Entscheidung des Botischasterrates hat provisorischen Charakter.“

Das ist nicht die endgültige Lösung der (oberschlesischen) Frage.“ Der am 11. Februar 1922 in Posen gegründete polnische „Verein zum Schutze der Westmarken“ will

wiedererlangen, was uns (Polen) gesteht.

Der polnische Westmarkenverein will ferner in jedem Kreise Gruppen entstehen lassen, um energische Arbeit zu leisten zur Entdeutschung unserer (polnischen) Grenzmarken und zur Befreiung des Polentums im Lande, nicht nur diesseits, sondern auch jenseits der Grenze.

Der Kampf um Oberschlesien geht also weiter und soll auch in unserem Lande geführt werden. Dieser Kampf wird lediglich auf

politischen Gebiete geführt werden, weil die kulturellen Forderungen der Polen durch die Reichs- und Staatsverfassung und die Genfer Abmachungen vollkommen erfüllt sind. Die politische Forderung soll in der sattem bekannten Form weitergehen. Weshalb und zu welchem Ende die Polen die Autonomie wollen, sagt mit aller wünschenswerten Klarheit die Posener „Pravda“ Nr. 242 vom 13. November 1921:

Die polnische Regierung muß in einem Abkommen mit Deutschland der Bevölkerung Deutsch-Oberschlesiens ebenso eine Autonomie gewährleisten, wie sie Polen durch den Beschluß des polnischen Sejm und durch das besondere in der Verfassung enthaltene Statut bereits gewährleistet hat.

Die polnische Regierung muß der Presse in den Städten Beuthen, Gleiwitz, Ratibor, Oppeln, Kreuzburg, Hindenburg, Cosel und Rosenburg die Redefreiheit sicherstellen, damit sie die Interessen des polnischen Volkes in Oberschlesien wahrnehmen kann.

Die polnische Regierung ist es also, die den Ton der polnischen Presse in Deutsch-Oberschlesien angeben soll. Sie könnte es in einem „autonomen“, d. i. in Verwaltung, Parlament und Beamtenenschaft deutsch-polnischen, nicht mehr deutschen Oberschlesien zweifelsohne. Es wäre also vollkommen unmöglich, durchzuführen, was einer der besten Kenner Oberschlesiens, Herr Pfarrer Dr. Nieborowski, in seinem überaus lesenswerten Buche: „Oberschlesien und Polen“ zur Verhütung neuen namenlosen Un Glücks für Oberschlesien verlangt.

Ein Hauptpunkt ist die Ueberwachung der polnischen Presse, welche an dem ober-schlesischen Unglück die Hauptschuld trägt. Jede bekende Aeußerung gegen das deutsche Volk, die deutsche Regierung, jede Aufforderung zum Nationalitätenhaß muß sofort mit dem Verbot der betreffenden Blätter bestraft werden.

Das wäre in einem „autonomen“ Oberschlesien, in dem gemäß dem parlamentarischen Regierungssystem und der Zusammenfassung des Landtages der vierte bis dritte Teil der Regierung und des Beamtenkörpers in den Händen von Polen Warschauer Geprägtes — nicht etwa, ebenso wenig wie jetzt in den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen polnischer Oberschlesier! — sein würde, vollkommen unmöglich, und das ganze furchtbare Spiel, das wir in den letzten Jahrzehnten und ganz besonders in den letzten beiden Jahren schauernd selbst erlebt haben, könnte ohne jede Möglichkeit einer Abwehr von neuem beginnen. Das ist nicht die Gefahr, das ist die sichere Folge der staatlichen Selbstverwaltung Oberschlesiens! Warschauer Beamte, Warschauer Zeitungen, Warschauer Methoden auch ferner in Oberschlesien! Und die Männer, die diese Gefahr, ja diese Gewißheit klar vor Augen sehen, die Männer, die bestrebt sind, mit der „Autonomie“ das neue ungeheure Meer von Blut und Leiden, das sich gegen unser armes Oberschlesien aufbäumt, abzumähen, nennen Sie, Herr Pfarrer Nikla, auch neuerdings wieder, in der Generalversammlung des katholischen Männervereins zu Ratibor am 9. Juni, Herr Räter! Das war wohl nicht wohlgetan, Herr Pfarrer Nikla! Besser wäre es wahrlich, auch von Ihrer Seite einmal dem Volke zu sagen, daß die alte Zeit, in der die Oberschlesier starke und auch von uns sehr behauerte Zurücksetzung erfahren haben, endgültig begangen ist und daß auch für Oberschlesien der Artikel 16 der Verfassung des deutschen Reiches gilt, in dem es heißt:

Die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsverwaltung sind auf ihren Wunsch in ihren Heimatgebieten zu verwenden, soweit dies möglich ist und nicht Rücksichten auf ihre Ausbildung oder Erfordernisse des Dienstes entgegenstehen.

Außerhalb Oberschlesiens sind im Reiche 3700 in Oberschlesien geborene Beamte der Reichsverwaltung tätig. Auf einen von reichsweegen an diese Beamten ergangenen Ruf in ihre ober-schlesische Heimat zurückzukehren, hat sich noch nicht der hundertste Teil dieser Beamten bereit erklärt, in eine Verletzung nach Oberschlesien einzuwilligen. Das Reich will „Oberschlesien den Oberschlesiern“ geben, und diese Oberschlesier wollen es nicht!

Der „Drang nach dem Osten“ ist erloschen und es wird außerordentlich schwer halten, für Oberschlesien — und nun gar für ein „autonomes“, d. i. deutsch-polnisches Oberschlesien — die erforderliche Zahl tüchtiger Beamten zu erhalten. Denn es wird heutzutage als ein Opfer betrachtet, in das von Leidenschaften zerrissene und von schweren Gefahren um- und durchbrandete Oberschlesien zu gehen. So sagt auch Herr Pfarrer Dr. Nieborowski a. a. O. mit seiner Ironie und kluger Hindeutung:

Nach § 3 des Gesetzes betr. die Errichtung einer Provinz Oberschlesien vom 14. Oktober 1919 hat die Provinzialverwaltung einen Landesrat aus sechs Personen in wichtigen Angelegenheiten anzuhören, besonders in Fragen der Kirchen- und Schulverfassung, sowie zur Besetzung der Stellen des Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und der Leiter der staatlichen Polizeiverwaltungen.

Die Mitglieder des Landesrates müssen gebürtige Oberschlesier sein. Und so haben selbst diejenigen, leider sehr tätigen Elemente, welche aus Begehr nach Beamtenposten den Bundesstaat anstreben, durchaus nicht zu fürchten, bei der Provinzialautonomie zu kurz zu kommen. Im Gegenteil beklagen die leitenden Staatsstellen sehr, daß Oberschlesien zu wenig Beamte anbietet, was allerdings durch die Vergangenheit erklärt wird.

Nun, vielleicht hilft in einem „autonomen“, d. i. deutsch-polnischen Oberschlesien, Polen aus. Der Einseitiger der Autonomisten, der unübertreffliche Herr Franz Ehrhardt, Mitglied des deutschen Reichstages, hat es vor einiger Zeit (Oberschlesische Autonomistenpresse vom 4. Mai d. Js.) fertig gebracht, über eine angebliche Zurückwirkung der Ausnahme-gesetzgebung in Polen auf Oberschlesien folgende Behauptung aufzustellen:

Die vertriebenen Polen aus Posen sich in Oberschlesien nieder und wurden Führer und Träger der polnischen Bewegung.

Es ist ungemein charakteristisch für die Zustände in der Autonomistenpresse, daß auch nicht ein einziges dieser Blätter Anstand genommen hat, diese offensbare Geschichtsfälschung zu veröffentlichen. Diese Fälschung nach ihrer ganzen Ungebeuerlichkeit zu charakterisieren, fehlt mir jeder parlamentarische Ausdruck. Die Agitationstechnik des Herrn Franz Ehrhardt, Mitglied des deutschen Reichstages, unterscheidet sich nach dieser Leistung in keiner Weise mehr von der Agitationstechnik der polnischen „Grenzzeitung“ und der polnischen „Katholischen Volkszeitung“. Auch sie wendet sich nur noch an den niedrigsten Instinkt in der menschlichen Seele, den Instinkt des Hasses. Ich stelle fest:

1. Die Ausnahme-gesetzgebung hat niemals Polen aus Posen vertrieben.
2. Es sind deshalb auch niemals aus Posen vertriebene Polen nach Oberschlesien gekommen, um dort Ehrhardt'sche Politik zu treiben.
3. Nach dem Zeugnis des durch und durch polnischgesinnten Erzbischofs von Posen und Gnesen und Primas von Polen Florian von Stabilewski sind die Posener Redakteure um des Brotterwerbes willen nach Oberschlesien gekommen.
4. Die polnischen Ärzte, Rechtsanwälte, Dozenten usw., die aus Posen nach Oberschlesien gekommen sind, um unser Land (das nach dem Zeugnis desselben erzpölnischen Kirchenfürsten außerhalb des Bereichs aller polnischen Rechtsansprüche lag) zu verpolen, sind gleichfalls nicht aus Posen vertrieben worden, sondern sie sind, vom Marcinowski-Verein mit reichen Mitteln ausgestattet, nach Oberschlesien geschickt worden, um den preussischen Staat vor dem ober-schlesischen Volke zu verkleinern und Oberschlesien unter Anwendung derselben Mittel zu verpolen, die jetzt von Herrn Franz Ehrhardt, Mitglied des deutschen Reichstages in Ermangelung tatsächlicher Gründe gebraucht werden, um das ober-schlesische Volk durch Aufreizung der niedrigsten Instinkte für die „Autonomie“, d. h. für die Schöpfung eines zunächst deutsch-polnischen und

in der Folge überwiegend polnischen Staates einzufangen, der dem polnischen Nachbarstaate als eine reife Frucht in den Schoß fallen müßte.

Diese Abwehr zur Klärung einer zuguterletzt denn doch unerträglich gewordenen Lage. Möge sie dazu führen, daß der Kampf um die Frage der Autonomie auch auf der Seite des Herrn Franz Ehrhardt, Mitglied des deutschen Reichstages, fürderhin mit Gründen geführt wird, statt mit der dem erfolgreichen Sorbanten abgesehenen Ausspeisung von Leidenschaften. Die Schärfe der Abwehr ist durch meine feste Ueberzeugung bedingt, daß Herr Franz Ehrhardt bekannt sein muß, daß niemals Polen aus Polen vertrieben worden sind, daß ihm die unheilvolle Tätigkeit des Marcinowski-Vereins ebenso genau bekannt sein muß und daß ihm selbst die Tatsache nicht verborgen geblieben sein kann, daß das preussische Enteignungsgesetz (von dem Herrn Ehrhardt auszugehen scheint) zwar beschlossen, aber bis auf die Enteignung von — ihre ich nicht — zwei (ganzen zwei!) Gütern keinesfalls durchgeführt worden ist.

Zum Schluß ein kurzes Wort „an alle“. Ich weiß, daß vor 100 und etlichen Jahren reiche Güter der katholischen Kirche, zumal in Schlesien säkularisiert worden sind. Ich weiß, daß es in einem Zeitraum von 100 Jahren eine fast ununterbrochene Reihe evangelischer Regierungspräsidenten im katholischen Oberschlesien gegeben hat. Ich weiß aber auch, daß Preußen in diesen 100 Jahren unendlich viel Gutes für Oberschlesien geschaffen hat. Ich weiß, daß dieses Preußen aus einer jammervoll darniederliegenden Waldböde ein blühendes Land geschaffen hat und sicherlich viel mehr durch

Das Gute, das es geschaffen

hat, als durch die Fehler seiner Politik . . . schuldig geworden ist an dem ungeheuren Kampfe, der sich um Oberschlesien entsponnen

hat. Ich weiß endlich, daß die alte preussische Zeit mit ihren politischen Fehlern, die an den (noch der Diktion schwachmühtiger Zeitgenossen leider auch aus dem deutschen Lager) diese Fehler rächenden Verbrechen gemessen, winzig klein erscheinen müssen, dahin ist. Ich weiß, daß die provinzielle Autonomie den Oberschlesien deutscher und polnischer Zunge, den ober-schlesischen Katholiken zumal, alles das gibt, auf das sie gerechter Weise Anspruch erheben dürfen, und ich habe über dies alles, ohne daß ich auf die in Genf beschlossenen Abmachungen des Minderbeitragsbuches auch nur mit einem Worte eingegangen bin, über alles dies, das die Autonomisten hartnäckig und unaufrechtlich verschweigen, in dieser nun endlich erzwungenen Abwehr erschöpfendes Beweismaterial, insbesondere aus der preussischen und deutschen Verfassung, beigebracht. Die preussische und die deutsche Verfassung und die Oberschlesien gewährte Provinzialautonomie, an deren schleunigstem weiterem Ausbau wir alle mitarbeiten wollen, gewähren die volle Bürgerschaft für ein glückliches Zusammenleben und die freie kulturelle Entwicklung der Bewohner Oberschlesiens beider Zungen. Insbesondere sind auch auf dem Gebiete des Beamtenrechts weitgehende Verbesserungen geschaffen worden. Die staatliche Autonomie Oberschlesiens würde dagegen den Untergang aller Kultur und Wirtschaft, die hemmungstote Entfesselung aller reichsfeindlichen Gewalten und schließlich die Los-trennung Oberschlesiens vom Reich zur unvermeidlichen Folge haben. Die staatliche Autonomie Oberschlesiens birgt in sich den Verrat am lieben deutschen Vaterlande!

Ein „Verräter“.

Oberschlesien Bundesstaat oder Provinz?

Die drei Aufstände / Genf / Eine Ehrentafel der gefallenen
Oberschlesier-Helden / . . / Eine Karte von Oberschlesien

Dies sind neue Kapitel
resp. Zugaben zur 4. Auflage
von Dr. Nieborowski

Oberschlesien und Polen

Preis broschiert 18 Mark, kartoniert 20 Mark, Prachtband 40 Mark

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie den

WAHLSTATT-VERLAG / Breslau 12

Für den Inhalt verantwortlich: Julius Fritzsche in Gletwick.
Druck: Neumanns Stadt- und Buchdruckerei Gletwick.

Schon steht sie auf, um den Saal zu verlassen. „Donmartino!“ ruft der Beamte in diesem so daß es laut durch den weiten Raum hallt. Zolanda lehrt wieder um. Wie mit geheimer Gewalt kreibt es sie hin zu dem Bult, dem soeben der Beamte ein bißes Pergamentpapier entnimmt und ihr gegen Abgabe ihres Fettes überreicht. Zolandas Herzblut stockt. Raum vermag sie sich zu bewegen vor namenloser Aufregung. Mit zitternden Händen ergreift sie das Dokument und setzt sich damit in die entfernteste Ecke. Dann starrt sie darauf nieder — lange — lange —

Warum öffnet sie es nicht? Was läßt sie immer wieder zurückgehen, wenn die kalten Finger sich ausstrecken wollen, um die vergifteten Blätter umzuschlagen? Endlich läßt sie Mut. Sie öffnet das Dokument und liest — liest — Als Zolanda Donmartino gleich darnach die weite Marmortreppe des Justizpalastes hinabsteigt, tragen ihre Blicke den harten Ausdruck eines Marmorbildes. Sie blickt nicht links, nicht rechts, sie hört nichts, sie sieht nichts. Alle ihre Sinne sind gelähmt. Die letzten Minuten haben ihr die Jugend geraubt, haben das harmlose, vertrauende Mädchen zum schmerzgefüllten Weibe gereift. O tote Jugend! Gestorbene Ideale! O Mut voll Kummer und Tränen!

13.

Zolanda hat sich in ihr Zimmer eingeschlossen. Die erste Betäubung, die nach der Enttät in das Testament all ihre Sinne eingeschläfert hatte, ist geschwunden. Sie kann wieder klar denken, begreifen. Schon einmal hat ihre Zofe Assunta geklopft, um halb wieder, da keine Antwort erfolgte, sich zu entfernen.

Zolanda liegt lang auf der Ottomane ausgestreckt und grübelt . . . Wie ihre getretete ihr Blick durch das kostige Zimmer, über all die Gegenstände, die ihr sonst lieb und teuer waren.

Hier hat sie als Kind gespielt, als Pöckelchen herumgestollt, als Jungfrau den ersten unschuldigen Liebestraum geträumt, als Braut mit Sehnsucht und geheimem Bangen an den Geliebten gedacht.

Und nun? Ist das noch dasselbe Zimmer? Sind das dieselben Gegenstände ringsum? Ist sie selbst noch dasselbe Weibchen, das jetzt dort bleich, mit tief ungeschätzten Augen, auf der Ottomane liegt und denkt — denkt —

Ach, mit unheimlicher Klarheit übersteht Zolanda den furchtbaren Schicksalsschlag, der, gleich einem jäh aufzudenkenden Bliz aus heiterem Himmel, ihr sonnenvolles Leben plötzlich zu zerstören droht.

Ihr Vater, ihr inniggeliebter hochverehrter Vater ein — Verbrecher. Die ganzen Jahre daher hat er nicht nur sie, kein einziges Kind, gelüßt, — nein, er hat auch die rechtmäßige Erbin und deren Tochter dem Elend ausgeliefert und sich so eines zweiseitigen Verbrechens schuldig gemacht.

Daß ihr eigenes Lebensglück gefährdet ist — daran denkt Zolanda in dieser Stunde der Prüfung kaum. Es erscheint ihr so selbstverständlich, daß die Hochzeit nicht stattfinden wird. Wie könnte sie, die Tochter eines Verbrechers, wagen, ihren Namen mit dem eines geachteten Mannes zu verknüpfen! . . .

Eine Welle von Jorn und Empörung steigt in ihr auf — mit solcher Gewalt, daß sie alle sanfteren Regungen momentan erstickt.

Ihr Vater — ein Verbrecher!! Dann vergegenwärtigt sie sich die gebeugte, vornehme Gesinnung, das Zittern der weichen Hände, den tobsüchtigen Blick der guten Augen — und Mitleiden, jartes liebevolles Mitleiden klopft an die verschlossene Tür ihres Herzens . . .

Und dieses Mitleiden verwandelt sich rasch wieder in die frühere innige Kindesliebe.

Ja! Was er auch getan hat in seinem Leben, wie seine Zukunft sich auch gestalten mag, ob er hineingelassen wird in den Gerichtssaal, wo man sein Verbrechen brei tritt und es zerglebert nach allen Seiten hin; ob er seine Schuld mit Verurteilung büßen muß und sein Name herabgezerrt wird in den Rol — ganz gleich.

Dieser silberhaarige, gebrochene Mann — er ist ihr Vater! Ihr Vater, der nur Sonnenschein über ihr junges Leben gebracht hat! Und sie ist sein einziges Kind!

Ja, sie gehört zu ihm — das Kind zum Vater — fest, unerschütterlich, was auch kommen mag! Sie wird ihm die Schmach tragen helfen, ihm seine letzten bitteren Lebenstage versüßen.

Die letzten Lebenstage! Alles Blut strömt Zolanda zum Herzen. Wie eine Wunde fällt es ihr plötzlich von den Augen. Armer, armer Vater!

O, daß sie es nicht schon längst bemerkt hat, welch todwundes Herz die gebräunliche Hülle birgt — ein Herz, müde gehtet von Reue und Gewissensqualen! Dieser getrocknete Gessenskörper, mit einem Fuß bereites am Rande des Grabes stehend! . . .

Leises Klopfen schreit Zolanda auf. „Der Herr Marchese lassen bitten, die gnädige Marchesina möge herunterkommen“ meldet Assunta hinter der verschlossenen Tür. „Der Herr Staatsanwalt ist da.“

Zolanda zuckt zusammen. Vittorio! Er, der Geliebte! Ihr Bräutigam. Der Mann, dem sie sich morgen vor dem Altar wollte zu eigen geben — „bis daß der Tod euch scheidet!“

Die ganze Liebe, die ihr unberührtes Herz für den Bräutigam empfunden, die momentan nur zurückgebrängt war durch das alle Sinne lähmende Gefühl des Entsetzens — sie stammelt wieder mit elementarer Gewalt empor

„Nein, ich kann ihn nicht lassen!“ schreit ihr gequältes Herz auf. „Ich kann nicht!“

Und wieder schiebt sich ein anderes Bild vor ihr geistiges Auge: ein milder, gebräunlicher Greis, mit dem Brandmal der Schande in den eingefallenen Augen . . .

„Gnädige Marchesina!“ ruft draußen Assunta von neuem, nur dringlicher. „Was soll ich dem Herrn Marchese melden?“

„Sage meinem Vater, ich komme sofort!“ gebietet sie der harrenden Dienerin, welche ihre bleiche Herrin wie eine Wiffon anstarrt.

Großer Gott, welche Augen! Welch Gesichtsausdruck! Und morgen ist Hochzeit!!

Wenige Minuten später steht Zolanda ihrem Bräutigam gegenüber.

Der alte Marchese hat kurz nach ihrem Eintritt mit bestielgendem Lächeln das Zimmer verlassen. Vittorio und Zolanda sind allein.

Mit einem Freudenschrei sieht der junge Bräutigam sein Bräutchen an sich.

„Mein Bleibling! Du meine teuerste Zolanda! Morgen, morgen meine — Gattin!“

Fortsetzung folgt.

Schriftleitung Konrad Wenzel, Grottkau.

Wettervorherjage

für Mittwoch, Donnerstag und Freitag.
Mittwoch (21. 6.): Wechselnd bewölkt, zeitweise heiter, etwas wärmer, Gewitterneigung, frisch-weiße Regen.
Donnerstag (22. 6.): Teils heiter teils wolkig, keine oder unbedeutende Niederschläge, mäßig warm. Nur im Osten mehr Regen.
Freitag (23. 6.): Ziemlich heiter, trocken, wärmer.

Vereinskalender

M.-G.-V. Freitag 8 Uhr, Gesangsstunde bei Franke.
M.-G.-V.-G. Freitag 8 Uhr gemeinschaftl. Gesangsstunde b. Franke.

Notgeld = Alben
vorrätig in der Buchhandlung Ring 1, Grottkau

Die Mische- und Müllabfuhr

wen den hiesigen Hausgrundstücken wird von der nächsten Woche ab nicht mehr wie bisher, Freitag und Sonnabend, sondern schon **Mittwoch und Donnerstag jeder Woche** betrieft werden. Die Hausbesitzer werden ersucht, für entsprechende Bereitstellung des abzuführenden Mülls pp. an diesen Tagen zu sorgen. Diese Woche findet keine Abfuhr statt.
Grottkau, den 20. Juni 1922
Der Magistrat.

Infolge Erhöhung der Kostenkraft, sowie der Arbeiterlöhne sind wir gezwungen, vom 1. Juni cr. ab den **Gaspreis auf 6,— Mark pro cbm festzusetzen.**
Für Kohls wird 80,— Mark pro Ztr.
sow hiesigen und **90 Mk. pro Ztr.** von auswärtigen Konsumenten gefordert.
Grottkau, den 20. Juni 1922
Der Magistrat.

Gebetbücher
in grosser Auswahl
in Leder, Kunstleder und Pappen
Rosenkränze
in allen Preislagen zu haben in der
Buchhandlung Ring 1

Zu kaufen gesucht
Landhäuser, Zinshäuser
Landwirtschaften
Gastwirtschaften
Fleischerei, Bäckerei
Lebensmittelgeschäfte.

Johannes Heinze
Grottkau, Bischofstraße 163.

Eier
Butter, Geflügel
kauft und zahlt die höchsten Tagespreise
Jakob, Grottkau
Ring 6.

Sonntag früh
2 Hühner

schwarze und grau, entlaufen. Wiederbringer, oder wer den Verbleib nachweist, erhält zeitgemäße Belohnung.
Hellmich Münsterberggestir.

1 Frau
zum jäten gesucht.
G. Grossmann, Gärtnerrei

Schöner, deutscher
Schäferhund
1 1/2 Jahr, kräftig und sehr treu, unknäuelhafter sehr billig zu verkaufen. Zu erfragen bei
Mattner
Eduard-Polizei Grottkau.

Suche ein Paar schwarze
Extra = Militär-Hosen
mit roten Bienen zu kaufen. Angebote unter T P 8 sind zu richten an die Geschäfts. d. Ztg.

Salizyl-Pergament-Papier
empfehl
Buchhandlg. Ring 1
Grottkau.

Zu
Familienfesten
fertig sauber, schnell und preiswert an:
Verlobungs-
Vermählungs- und
Geburts-Anzeigen
in Karten und Briefen
Glückwunscht- u. Dank
karten, Hochzeitstafellieder sowie
Zeitungen usw.

Buchdruckerei der Grottkauer Zeitung
Telefon-Anschluß Nr. 84.

Zeichen-Hefte
empfehl
Buchhandlung Ring 1, Grottkau.

Gottes Wille war es, am Sonntag früh nach 6 wöchiger, tückischer Krankheit meine herzinnigstgeliebte, gute, unermüdete Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Architekt

Maurer- und Zimmermeister
Anna Zachow

geb. Gottselina

im Alter von 41 Jahren in die Ewigkeit abzurufen.

Grottkau, den 18. Juni 1922

Paul Zachow und Kinder.

Die Beerdigung findet den 21. Juni, nachm. 3 Uhr, vom Kreiskrankenhaus hier statt.



Turn-Verein

Durch Verfügung der Polizeiverwaltung vom 3. Juni 1922 haben nur Mitglieder des Turnvereins die Berechtigung, im Schießerteiche Dienstag und Freitag, abends von 6-8 Uhr, zu baden. Das Baden findet unter Aufsicht statt. Als Aufsichtsführende sind bestimmt die Herren Broka, Hantsoch, Rasch, als Schwimmleiter Hans und Georg Spookan. Das Baden ohne Aufsicht bleibt verboten. Zuschauer, insbesondere Kinder, werden vom Teiche ferngehalten.

Der Vorstand.

Achtung! Auf nach Würben zur Einweihung!

Sonntag, den 25. Juni

Groß. Garten-Konzert

ausgeführt von der vereinigten Musikfakultät Müritzerberg. Gutes Programm. Anfang 3 Uhr nachmittags.

Abends Tanz-Kränzchen.

wozu freundlich einladen

Karl Förster, Franz Schlusche, Gasthausbesitzer.

Donnerstag



Fleisch- u. Wurstverkauf

Josef Thiel, Köchschlächterei.

Alle Arten

Getreide u. Stroh

kauft zur direkten Verladung ab nächster Verladestation zu den höchsten Tagespreisen.

Carl Schneider
Ohlau

Zweigstelle Grottkau.
Ring 45 Telefon 135.

Komplette

Ladeneinrichtung

für jede Branche geeignet, steht billig zum Verkauf. Geht. Aufträgen unter G S 100 an die Geschäfts d. Btg.

Rohe Häute u. Felle

auch

Rosshaar und Schafwolle

kauft wie bekannt zu allerhöchsten Preisen

Adolf Schimmeck

Breslauerstrasse 40.

Sonntag, den 25. Juni, nachmittags 3 Uhr findet auf dem Artillerieplatz in Grottkau eine

Protestkundgebung

gegen die

Kriegsschuldflüge

statt.

Männer und Frauen aller Stände und Parteien aus Stadt und Land, erscheint in Massen!

Antreten der Vereine ohne Fahnen mit Tafeln um 2 Uhr auf dem früheren Schießhausplatz.

Der Vorbereitungsausschuß.

Achtung! Kaufleute und Gewerbetreibende!

Ab 18. Juni 1922 eröffnen wir einen

Lastautoverkehr

für Güter aller Art wöchentlich zweimal zwischen den Städten Breslau - Grottkau - Meisse - Liegnitz - Neustadt und zurück.

Annahmestellen und Briefkästen für Aufträge befinden sich in Breslau bei Herrn Specht, Rich. Sonnabend, Höfchenstr. 82, Tel. Ring 42-4 in Grottkau bei Herrn Franz Wiedemann, Gasthaus z. schwarzen Bär, Tel. 36 in Meisse bei Herrn Conrad Dombeck, Branhaus, Telefon 616 in Liegnitz bei Herrn B. Jrmur, Hotel goldenes Kreuz, Telefon 79 in Neustadt bei Herrn Gohmert F. Hilscher, Wiesenstraße 12, Telefon 105.

Mähere Auskünfte erteilen die Annahmestellen. Zudem wir unser Unternehmen durch recht rege Aufträge zu unterstützen bitten, versichern wir, daß es unter stetes Bestreben sein wird, das uns entgegengebrachte Vertrauen in jeder Hinsicht zu rechtfertigen.

Hochachtungsvoll

Gebr. Sanetra, Kohlen und Transportgeschäft
Puschine bei Friedland O.-S.

Bewerbe-Schau Brieg

vom 17.-26. Juni 1922

veranstaltet von

Innungs-Ausschuß und Handwerker-Verein Brieg im Saale u. Garten „zum Bergel“

Saubere

Bedienung

für bald gesucht

Beamtenhaus 8c
2 Treppen

Ansichtskarten

vorrätig in der Buchhandlung Ring 1.

Lichtspiele

Heut, Dienstag, 20.

bis Donnerstag, 22. Juni

Neu! April 1922 Neu!

Der hier sehr gern gesehene,

bisher mit groß. Erfolg gestellte

Olaf Fönss

Schwedischer moderner Roman,
6 Akte.

Ein Sohn des Volkes

Olaf Fönss
als Michael Deloff, Akt.

Unerwartetes Aufspiel, 3 Akte.

Schmerzliche Ergebnisse

in einer Mädchenklasse.

Bakfischstrende

Hauptrolle Leo Weckend.

Alles näher die Reklametafeln.

Um weiteren Besuch bitten

W. Nippert.

Verkauf täglich frischer

Kirschen

Fa. Reinhard Biehler.

Bestellungen auf Güte- =

Kirschen erbitte rechtzeitig.

Zahle

bis auf weiteres für

Wagnisflaschen 3 Mk.

Weißwein- u. Rotweinfl.

2,00 Mark

Sekt- u. div. Weinflaschen

1,00 Mark

Carl Hantzsch.

Für meinen Haushalt
suche per 1. Juli anständig.

Dienst- mädchen

bei gutem Gehalt.

M. Löwy, Metzgerstr.

Ich kaufe

ab schles. Station gegen Kasse bei Abnahme

grüne Schotenerbsen

und zahle Breslauer Groß-
markt-Preise und darüber.

Angebot auch in Karotten, grünen Bohnen, Wachbohnen und Obst und Gemüse aller Art erboten. Vermittlung erwünscht.

Dr. Curt Schneider, Konserven-
Fabrik

Gurtsch h. Strehlen (Schl.) Fernruf Strehlen 87 u. 98.